

Neue Tageszeitung

Die „Neue Tageszeitung“ erscheint jeden Sonntag, Regelmäßige Beilagen: „Der Bauer aus Hessen“, „Die Spinnkate“, Bezugspreis: Bei den Postanstalten vierteljährlich M. 2,76 Unzu tritt noch das Beilagsheft; bei den Lesern monatlich 1,00 M., einschließlich Tragerlohn. Anzeigen: Grundstelle 25 Btg., totale 20 Btg., Anzeigen von auswärts werden durch Postannahme erhoben. Verlagsort: Friedberg, Schriftleitung und Verlag: Friedberg (Hessen), Hanauerstraße 12, Fernsprecher 43, Postkass.-Lokal Nr. 4519, Amt Frankfurt a. M.

Bekanntmachung.

Händler und sonstige Bevölkerung Friedbergs werden streng gewarnt, von Militärpersonen Ausrüstungsgegenstände, Kleidungsstücke, Decken, Bettwäsche und sonstige militärische Gegenstände zu kaufen.

Polizeiorgane sind strengstens angewiesen, die Durchführung dieser Verordnung zu überwachen. Wer Gegenstände obengenannter Art kauft, hat harte Strafe zu gewärtigen.

Friedberg, den 18. November 1918.

Der Arbeiter- und Soldatenrat:
gez. Heidenreich, gez. Nepp.

Bekanntmachung.

An die Landbevölkerung des Kreises Friedberg!

Nach uns gewordenen Mitteilungen bestehen Unklarheiten darüber, wie nun das Verhältnis zwischen den Bürgermeistern und dem Kreisamt und andererseits Arbeiterräten zu den Bürgermeistern ausfallen soll. Hierzu sei bemerkt: Das Kreisamt Friedberg hat sich dem Arbeiter- und Soldatenrat zur Verfügung gestellt und steht also unter dessen Kontrolle. Auch die Bürgermeistereien stehen damit unter Kontrolle des Arbeiter- und Soldatenrates in Friedberg. Es wäre nicht im Interesse einer ungehobenen Geschäftsordnung zwischen Kreisamt und den einzelnen Landorten, wenn sich dazwischen andere Instanzen einschleichen würden. Ungehobene Zustände könnten eintreten, wenn mit der Verfolgung der Bevölkerung mit Nachsichtsmitteln vorgegangen würde. Es muß darum alles vermieden werden, was das Zusammenarbeiten der Kreisbehörde mit den Landorten erschweren würde. Dringend zu empfehlen ist, daß sich in den Landgemeinden Arbeiterräte bilden, die im Einvernehmen mit den Bürgermeistern und dem Arbeiter- und Soldatenrat von Friedberg für Ruhe und Ordnung in den Landgemeinden sorgen. Daß ferner die Bürgermeistereien allen Verpflichtungen nachkommen und darauf achten, daß die Landwirte keine Nahrungsmittel verheerlichen oder unerschützt und zu hohen Preisen abgeben.

Zur Mitarbeit sind nur Arbeiter- und Soldatenräte befugt die vom Arbeiter- und Soldatenrat Friedberg anerkannt sind. (Wohlfahrt, Seldentisch, Tel. 99). Das Recht einzusetzen steht auch nicht einzelnen, nicht beauftragten Personen zu.
Der Arbeiter- und Soldatenrat Friedberg,
gez. Heidenreich, gez. Nepp.

Die unerlaubte Entlassung vom Heere.

Frankfurt a. M., 18. Nov. (WB). Alle Soldaten, Mannschaften wie Offiziere, welche sich unerlaubt von ihrem Truppenteil entfernen, haben nicht nur strengste Bestrafung zu gewärtigen, sondern haben auch keinen Anspruch auf Lebensmittel, Karten, Verpflegung und Quartier. Sie gehen jedes Ansuchen auf Rente, Entlassungsgeld von 50 Mark, Nachschuß, Anzug verlor. Wer nicht ordnungsgemäß entlassen in das besetzte Gebiet kommt, setzt sich der Internierung aus. Wer sich unerlaubt von seinem Truppenteil entfernt, hat sich sofort auf dem nächsten Garnison-Kommando oder Bahnhofs-Kommandantur zu melden. Diese sorgen für Verpflegung, Unterkunft und Weiterbeförderung zum Erhaltungstruppenteil beim Entlassung zum Bezirkskommando des Heimatsortes gemäß den Verfügungen des stellvertretenden Generalkommandos.

Alle Zivilbehörden sind angewiesen, keinerlei Lebensmittel, Karten abzugeben, keine polizeiliche Anordnungen entgegenzunehmen und keine Arbeitsbescheinigung zu erteilen ohne schriftliche Entlassungsbeweis.

Kameraden! Sorgt für Ordnung, damit der Feind nicht einmarschieren um diese Ordnung herzustellen.

Kameraden! Der Feind schlägt keine Frieden, wenn in Deutschland keine Ordnung herrscht.

Der Arbeiter- und Soldatenrat.

Stellvertretendes Generalkommando 18. Armee-Korps.

Zur Verhütung von Heudiebstahl.

Berlin, 18. November.

Männer und Frauen! Soldaten und Matrosen!

Das höchste Gut des Volkes ist seine Gesundheit. Der Volksgeundheit droht schwerer Gefahr, wenn bei der schnellen Demobilisierung Heudiebstahl und sonstige ansehnliche Krankheiten ansteigen oder gar sich häufen. Diese ungeheure Gefahr muß abgewandt werden.

Jeder Soldat, bei dem der Verdacht einer ansteckenden Krankheit besteht, sollte sofort einen Arzt oder das Lazarett auf und verbleibe solange in der Behandlung, bis der Arzt ihm sagt, daß kein Leiden nicht mehr ansteckend ist. Die bewährten Maßnahmen der Seuchenerwaltung sind aufs peinlichste zu befolgen.

Wer verläßt ist, sorgt für schnelle Entlassung. Ansteckende Krankheiten sind besonders: Fleckfieber, Ruhr, Cholera, Typhus, Diphtherie und die Geschlechtskrankheiten.

Wer sich nicht in Behandlung beibringt oder das Lazarett vorzeitig verläßt, verflüchtigt sich selber:

1. an sich selbst, weil kein Leiden später schwerer oder gar nicht zu heilen ist.
2. an seiner Familie und seinen Angehörigen die er mit der Ansteckung schwer bedroht.

Der Volksrat des A- und S-Rates,
Wolkenbüchel, Rich Müller.
Die Bevollmächtigten des Volksgenrates,
Gertion, Wegner.

Erwerblosenunterstützung.

Frankfurt a. M., 18. Nov. (WB). Der Arbeiterrat gab in seiner letzten Sitzung am Samstag Bestimmungen für eine Erwerblosenunterstützung seine Zustimmung. Diese lehnen sich im allgemeinen an den vom Magistrat und den Stadtverordneten beschlossenen Entwurf an, haben aber wesentlich höhere Unterstützungssätze vor und neben einen Rechtsanspruch auf die Unterstützung. Für männliche und weibliche völlig erwerbslose Personen soll die tägliche Unterstützung betragen: Für den Haushaltungsvorstand und für Personen mit eigenem Haushalt oder bei fremden Leuten wohnend 4,50 M., für Personen bei Familienangehörigen wohnend 3,30 M., ferner für jedes Kind unter 18 Jahren ohne eigenen Verdienst 75 Pf. und für jedes Kind unter 16 Jahren und sonstigen Familienangehörigen die zu unterhalten sind 1,50 M. Für die Verrechnung werden sieben Wochen je Woche als Grund gelegt. Bei Arbeitslosigkeit über vier Wochen soll ein Monatszuschuß für Beteiligte von 20 M. und für Ledige 10 M. eintreten.

Das Gebot der Stunde für die geplante Landwirtschaft.

Die im Kriegsausbruch der deutschen Landwirtschaft zusammengeschlossenen landwirtschaftlichen Verbände haben sich in einem Briefe an die Landwirte gewandt und sie aufgefordert, in jedem Orte Ausschüsse zu bilden. Der Kriegsausbruch der deutschen Landwirtschaft hat der jetzigen Regierung zur Sicherung der Volksernährung seine Mitwirkung angefordert. Die Regierung hat diese Hilfe auch angenommen und einen entsprechenden Aufschuß erlassen. Diese Bauern-Ausschüsse sollen in erster Linie die Aufgabe haben, die Volksernährung durch möglichst freiwillige Ablieferung besser zu gestalten und zu sichern. Es muß erwartet werden, daß jeder einzelne Landwirt sich der ungeheuren Verantwortung bewußt ist, die er dabei trägt; denn nur eine geübte Volksernährung kann bei dem Zurückströmen unserer tapferen Heeres und bei den schwereren Waffensstillstandsbedingungen vor dem größten Feind bewahren. Außerdem müssen diese Bauern-Ausschüsse aber auch dafür sorgen, daß die landwirtschaftliche Erzeugung erhöht, daß in Ausübung der auf dem Lande von jeder bekannten und sibirischen stets notwendigen Hochkultur alle inwohnenden Frauen bei Aufrechterhaltung ihrer Wirtschaft mit Not und Tat beigestanden wird, und Wirtschaften, denen ein geeigneter Leiter fehlt, in Bearbeitung und Pflege genommen werden, daß die zurückbleibenden Arbeitskräfte in die richtigen Bahnen geleitet werden usw. Endlich muß daran gedacht werden, daß die Bauernräte nötigenfalls auch — ähnlich wie die jetzt entlassenen Bürgerwehren in den Städten — als Bauernwehren tätig werden müssen zwecks Schutzes des Eigentums der Personen und der Ordnung im Interesse der Aufrechterhaltung der Ernährung zum Wohle der Volksgemeinschaft. Bei Anordnungen oder Unruhen auf dem Lande müssen sie darauf eingerichtet sein, Plünderungen oder dergl., die unter ganzem Ernährungsstehen gefördert werden, abzuwehren, wobei vorgelegt sein muß, daß eine Unterstützung durch die nächsten militärischen Kommandostellen und durch Nachbarn und deren Bauernwehr gewährleistet wird. Es muß erwartet werden, daß die zurückkehrenden Krieger sich ebenso bereitwillig zu diesem Sicherheitsdienste stellen, wie dies von den älteren ehemaligen Kriegern zu hoffen ist.

Die Bauernräte jedes Ortes müssen endlich geeignete Persönlichkeiten als Delegierte wählen, die freie, bezirks- und provinzweise zusammenkommen müßten, um die Verörden zu beraten und dabei die Wünsche der Landwirtschaft zur Geltung zu bringen.

Ruhe und Ordnung

Alle Verdüsterungsbedürfnisse, die Ruhe und Ordnung wollen, ganz gleich ob Bürgerliche oder Sozialdemokraten, haben das tiefe Interesse daran, daß der Bolschewismus in seinen Anfängen niedergehalten wird. Ordnung und Sicherheit bedeuten Arbeit und Brot; Unruhe und Bolschewismus bringen Hunger und Elend. Das gilt schon, wenn wir nur die inneren Verhältnisse betrachten; nicht genug kann aber darauf hingewiesen werden, daß unsere Feinde ein bolschewistisches Deutschland weder für verhandlungsfähig betrachten, noch auch nur vor dem Hunger schützen wollen. Auch von tiefer Seite also droht uns das Verderben, wenn wir nicht Ordnung in Deutschland schaffen. Die regierenden Gewalten, besonders auch die Soldaten, die bisher größtenteils in anerkannter Weise für die Ordnung eingetreten sind, müssen alles daran setzen, eine bolschewistische Gegenrevolution mit ihren Exzessen unmöglich zu machen. Jeder aber, der das deutsche Volk liebt und nicht will, daß das fürchterliche Schicksal, das der Ausgang des Krieges über uns gebracht hat, noch ins Unermeßliche verflüchtigt wird, muß sie darin unterstützen. Die Regierung muß endlich der ordnungsliebenden Bevölkerung auch die praktischsten Möglichkeiten einer wirksamen Unterstützung geben.

Der Rücktransport der Armeesoldaten.

Zur Durchführung der Verhandlungen mit der ungarischen Regierung über den Abzug der Armeesoldaten ist Oberst v. Maffei nach Budapest entsandt worden. Er wird die Einzelheiten des Durchführungsvereinbarend und besonders darauf hinarbeiten, daß für die abziehenden Truppen Züge und Lebensmittel bereitgestellt werden. Die deutsche Regierung ist dagegen gern bereit, Ungarn nach besten Kräften durch Lieferung von Kohle zu unterstützen, wenn auch durch die künftigen Ereignisse der letzten Zeit die Kohlenförderung arg zurückgegangen ist und es infolge der Zurückhaltung deutscher Waggons in Österreich an Transportmitteln fehlt. Eine Vorfahrung der Nachricht, daß Feldmarschall v. Radetzki die Waffen geteilt hätte, ist bei hiesigen Kreisen bisher nicht eingetroffen. An sich läge dazu auch kein Grund vor. Wenn die ungarische Regierung auf den Belgischen Waffenstillstand und darauf verweist, daß ihr die Neutralität nicht gestatte, den Durchzug bewaffneter Truppen zuzulassen, so ist dieser Gedankengang hinfällig. Denn Deutschland hat inzwischen den Waffenstillstand vom 11. November geschlossen, der sich nicht nur auf die Westfront sondern auf alle Fronten erstreckt; er erwähnt ausdrücklich die Ostfront, trifft Bestimmungen über die deutschen Truppen in Ostafrika und über den Rücktransport der Truppen. Infolge dieses allgemeinen Waffenstillstandes bestehen völkerrechtliche Bedenken gegen den ungehinderten Durchzug der deutschen Truppen aus Rumänien durch Ungarn mit Waffen nicht mehr.

Der deutsche Generalkonsul in Prag hat sich auch bereits mit der tschechischen Regierung ins Einvernehmen über den Weitertransport der Armeesoldaten durch tschechoslowakisches Gebiet geeinigt. Der tschechische Ministerpräsident Dr. Kramaritz hat sich grundsätzlich damit einverstanden erklärt, daß diese Truppentransporte über Oderberg und Teplitz geleitet werden und daß ihnen kein Hindernis in den Weg gelegt werde. Der deutsche Generalkonsul hat hingegen die Erklärung abgegeben, daß diese Truppentransporte so rasch wie möglich durchgeführt werden und daß für etwaige Schäden von Deutschland Ersatz geleistet werden wird.

Zugeständnisse.

Berlin, 17. Nov. (Nordd. Allg. Ztg.) Ueber die Waffenstillstandsverhandlungen mit Frankreich wird der „Nordd. Allg. Ztg.“ noch gemeldet: Die errichteten Zugeständnisse sind sehr zahlreich. Einen wichtigen Erfolg erzielte die Waffenstillstandsabordnung in der schlagbringenden Frage, sie setzte nämlich durch, daß die Reichslande nicht als ein von Deutschland besetztes Gebiet bezeichnet wurden. Die Anwendung der Wilsonschen Grundzüge auf diese Frage bei den Friedensverhandlungen wurde dadurch voll gewahrt. Ferner ist erreicht worden, daß die Verwaltung und Rechtsprechung in dem linksrheinischen Gebiete unangetastet deutsch bleiben, ferner daß die Zugschienenanlagen nicht enteignet oder lahm gelegt werden; das gilt besonders auch für die Werke in Elsch-Lothringen. Weiter wurde das Zugeständnis gemacht, daß die Rückentwicklung der Räumungskräfte kein Grund zur Kündigung des Waffenstillstandes sein soll. Ganz neu ist die Mitteilung, daß die deutschen Truppen in Ostafrika nicht bedingungslos kapitulieren müssen, vielmehr wurde für sie ehrenvoller Abzug erzielt, und sie werden bis zur Ankunft deutscher Schiffe in Sanibar vom Verbands verpflichtet. Endlich bleibt es auch Deutschland vorbehalten, seine Kriegsschäden anzumelden.

In dem Verlaufe heißt es: Die Jugendschiffe der Völkermittelschiffe sind nicht der Weisheit Willens und des Verstandes zu verbanen, sondern sie sind durch die zweifelhafte unvollständigen Vorstellungen Erzeugnisse erzielt worden. Im Verlaufe der Erörterungen fiel das Wort, das aus der Zeitgeschichte hervorgehoben zu werden verdient: „Während des Verhandels kommt die Vermunft, während des Diskurs der Götter.“

Die Verhandlungen zur See.

London, 17. Nov. (WB.) Kreuzer erzählt, daß der Sachverständige der deutschen Republik Admiral Meurer, und sein Stab an Bord des Flaggschiffes des Admirals Beatty „Queen Elizabeth“ am Freitag abend empfangen wurde. Der leichte deutsche Kreuzer mit Admiral Meurer und den Delegierten kam am Freitag nachmittags an dem auf dreihundert Meter vereinbarten Treffpunkt auf See ein und wurde zum First of Fort escorted. Hier wartete ein Zerfäher, der Admiral Meurer und seinen Stab auf die „Queen Elizabeth“ brachte. Admiral Meurer wurde an Bord von Commodore Brand empfangen und zur Kabine Beattys geleitet, wo die Konferenz am Sonntag aufgenommen und heute beendet wurde. Im Stab des Admirals Meurer befanden sich der Kommandant der Regatta und der Kommandant der U-Boote. Die bürgerlichen Delegierten blieben an Bord des Kreuzers „Königsberg“.

Eine kühle Antwort.

Kollegium, 17. Nov. (WB.) Drahtlos. Der schweizerische Gesandte in Washington meldet durch Funkpruch an das Ministerium des Innern in Bern: Staatssekretär Fankha erläuterte sich durch eine Note vom 15. November, folgende Mitteilung an den Staatssekretär des Auswärtigen der deutschen Regierung zu übermitteln.

Die Regierung der Vereinigten Staaten erklärt die drahtlosen Depeschen, die die deutsche Regierung an den Präsidenten der Vereinigten Staaten gerichtet hat und die sich auf die Befolgung gewisser Forderungen beziehen die in diesem Waffenstillstand mit der ottomanischen Regierung und in dem Waffenstillstand mit der deutschen Regierung vorbedient sind. Die amerikanische Regierung wird die erhaltenen Mitteilungen als bald den anderen Regierungen zur Kenntnis geben, mit denen sie verbunden ist und ebenfalls dem Obersten Kriegsamt in Paris. Die Regierung der Vereinigten Staaten bemerkt diese Gesandtheit der deutschen Regierung nachzulesen, daß derartige Mitteilungen, die sich auf die Waffenstillstandsbedingungen oder auf Fragen beziehen an denen alle assoziierten Regierungen interessiert sind, an alle Regierungen und nicht allein an den Präsidenten der Vereinigten Staaten gerichtet werden sollen. Die Regierung der Vereinigten Staaten wünscht außerdem die deutsche Regierung darauf aufmerksam zu machen, daß die Mitteilungen durch die bestehenden diplomatischen Kanäle wie durch direkte drahtlose Mitteilungen zu übermitteln sind.

In Ordnung und Ruhe.

Moskau, 17. Nov. (WB.) Der hiesige Arbeiter- und Soldatenrat teilt mit: Die Rückkehr des Heeres vollzieht sich bisher in bester Ordnung und Ruhe.

Eine Bekanntmachung der Waffenstillstandskommission.

Berlin, 18. Nov. In die Besetzung der linksrheinischen Gebiete und der Umgebung von Köln, Koblenz und Mainz. Die Bestimmungen des Waffenstillstandes bedeuten für die linksrheinischen Gebiete und die rechtsrheinischen Gebiete innerhalb eines mit 30 Kilometer Halbmesser um die Rheinbrücken von Köln, Koblenz und Mainz geschlagenen Kreises (sogenannten Kreislappes) folgendes:

1. Diese Gebiete sind durch die deutschen Armeen zu räumen. Das bedeutet nur, daß die unter den Waffen befindlichen Truppen aus den Gebieten zurückgezogen werden sollen, soweit der deutschen Regierung für die Dauer des Waffenstillstandes die Möglichkeit genommen wird, das linksrheinische Land als Aufmarschgebiet zu benutzen. Die gesamte Zivilbevölkerung, auch die Wehrpflichtigen und die Reservierten, können ungehindert auch bei der nachfolgenden feindlichen Besetzung des Landes an ihrem Wohnort verbleiben. Im Verlaufe der ordnungsmäßigen Demobilisierung werden auch die aus diesen Gebieten kommenden Angehörigen des Heeres und der Marine, soweit sie von der Demobilisierung betroffen werden, in die Heimat entlassen werden.

2. Der Räumung dieser Gebiete durch die deutschen Truppen wird eine Besetzung mit feindlichen Garnisonen für die Dauer des Waffenstillstandes und nicht vor dem 1. Dezember folgen. Der Feind hat sich das Recht vorbehalten, Kavallerieeinheiten mit ordnungsmäßiger Abrechnung vorzunehmen, jedoch ist von den Feindmachtigkeiten der feindlichen Regierungen erklärt worden, daß diese Kavallerieeinheiten die tatsächlichen Bedürfnisse der Reitertruppen nicht überschreiten dürfen.

3. In allen geräumten Gebieten ist die Fortführung von Einwohnern unterlag. Dem Eigentum der Einwohner darf kein Schaden oder Nachteil zugefügt werden. Niemand wird wegen der Teilnahme an Kriegsmassnahmen, die der Unterzeichnung des Waffenstillstandes vorangegangen sind, verfolgt werden. Keinerlei Zerstörungen irgendwelcher Art dürfen ausgeübt werden. Die Depots von Lebensmitteln jeder Art für die Zivilbevölkerung, Vieh usw. müssen an Ort und Stelle verbleiben. Andererseits ist Deutschland verpflichtet, keinerlei allgemeine oder partielle Maßnahmen zu treffen, noch besondere Befehle zu erteilen, die eine Entwertung der industriellen Unternehmungen oder eine Verbringung ihres Personals herbeiführen sollen. Eisenbahnen und sonstige Verkehrsmittel werden weiterarbeiten.

4. Der Zusammenhang der linksrheinischen Gebiete mit dem Deutschen Reich wird in keiner Weise angetastet. Der Feind macht lediglich Anspruch auf eine Gesamtkontrolle.

Leben und Eigentum der Bevölkerung ist somit nicht gefährdet. Die Bevölkerung handelt richtig, wenn sie ihren Wohnort nicht verläßt und auch sonst keine unüberlegten Maßnahmen trifft, um eingebildeten Gefahren zu begegnen.

Die Waffenstillstandskommission:
Staatssekretär Erzberger, Graf Oberndorf, General v. Winterfeldt, Kapitän z. S. Banjelom.

5000 Lokomotiven und 150 000 Güterwagen!

Um sich einen ungefähren Begriff davon zu machen, welchen Verlust die im Rahmen der ungeschicklichen Waffenstillstandsbedingungen aus auferlegte Minderung von 5000 Lokomotiven und 150 000 Güterwagen für das öffentliche Verkehrsnetz Deutschlands bedeutet, scheint es erforderlich, einige wenige Zahlen aus der deutschen Eisenbahntätigkeit der Jahre zu führen.

Im letzten Friedensjahre (1913) verläßt die deutschen Staats- und Privatbahnen über einen Lokomotivpark von rund 20 000 und einen Güterwagenpark von rund 630 000 Stück Wagen, das Abwasch und Juana sich im Laufe der Reisezeit etwa die Wege gehalten haben dürften, so ergibt sich, daß mit ein solches Sechstel unserer Lokomotiven und nahezu ein Viertel aller Güterwagen abtreten müßten. Und im Falle des Auscheidens Eisenbahnrangens aus dem deutschen Grenzland die rund 1150 Lokomotiven und 25 000 Güterwagen der Reichseisenbahnen jenen Verhältnissen nach hinzuzurechnen.

Unter diesen traurigen Umständen erleben unsere Eisenbahnen eine Einbuße an rollendem Material, die das an sich schon über die Mahen schwierige Problem der Volksernährung um so verwickelter — um nicht zu sagen: unlösbar — gestalten wird als die Leistungsfähigkeit des uns verbleibenden Materials durch seine übermäßige Beanspruchung während des Krieges sehr gelitten hat. So nimmt beispielsweise bei Saurat W. General in der „Voll. Stg.“ den gegenwärtigen Reparaturstand unserer Lokomotiven, der in Friedenszeiten etwa 16 v. H. betragen habe, wegen der Überanstrengung auf 30 bis 40 v. H. an. Zu diesem tritt noch die Abgabe von 5000 Kraftwagen hinzu.

Wenn etwas den rücksichtslosen Vernichtungsaktionen der Verbündeten zu lenken vermöge, so ist es nicht zuletzt dieser aus einer unlerer mittelständlichen Lebensinteressen, auf unsere Verkehrsmittel geleitete furchtbare Schläge. Möchte daher dem von Staatssekretär Gollt im Namen der Reichsleitung an Präsident Wilson gerichteten Appell wegen Wiederaus des hier erörterten und weiterer besonders harter Punkte des Waffenstillstandsvertrags ein Erfolg nicht verweigert sein.

Wilde Gerüchte

sind immer noch über die Opfer der Revolution verbreitet. Um ihnen ein Ende zu machen sind jetzt durch das Reichshaus in allen Krankenhäusern und Nachortstungen nach den Personen angefragt worden die bei den Vorgängen der Revolution um das Leben gekommen oder verwundet worden sind. Dabei hat man an Letzten 14 Personen feststellte. Dazu kommen drei, die wegen Raubes und Plünderns standrechtlich erschossen wurden. Es war auch verbreitet, daß bei den Schießereien am Marfall, am Schloß und am Tom 16 Schwünner Opfer der Revolution geworden seien. Daran ist kein nagrer Wert. — Von der Marfallverwaltung wird geschrieben: Noch immer ist unter der Berliner Bevölkerung das Gerücht verbreitet, daß im Marfall gegenrevolutionäre Offiziere, Soldaten und Jugendwehr nebst Waffen verborgen waren und daß das Marfallgebäude mit dem Schloß durch unterirdische Gänge verbunden sei. Ferner wird behauptet, daß im Marfall große Mengen von Lebensmitteln verborgen seien. Die Angestellten des Marfalls und ihre Angehörigen haben unter diesen Gerüchten fäulter zu leiden nicht nur werden ihnen von vielen Seiten schwere Verurteile gemacht, es ist sogar mehrfach vorgeschlagen, daß ihnen der Anlauf von Lebensmitteln abgeschlagen und erwidert wurde. Alle diese Gerüchte beruhen auf Irrtum. Unter den unzähligen Gerüchten erhält sich mit besonderer Hartnäckigkeit die Behauptung, daß auf einzelnen Kirchhöfen, wie des Domes der Marien, der Friedländer und der Georgenkirche, Mahnmaenge wehre aufgestellt seien, und daß von ihnen aus auf die Bevölkerung geschossen worden sei. Wiederholte, auf Witten der Kirchenverwaltungen vorgenommene genaue und gründliche Untersuchungen, die sich nicht nur auf die Kirchhöfe, sondern auf die Kirchhöfe und das ganze Kircheninnere erstrecken, haben die völlige Haltlosigkeit der Behauptungen ergeben.

Die Lage in Posen.

Die Gerüchte von einem Putsch polnischer Legionäre in der Provinz Posen haben sich als anzutreffend herausgestellt. Polnische Gewaltsamkeiten dürften allerdings in der Provinz vorgekommen und auch weiterhin zu befürchten sein. Eine Stabilität ergibt sich aus dem, daß Gegenläufige in den Posen und Gnesen gebildeten Arbeiter- und Soldatenräten bestehen, indem in den Soldatenräten die Deutschen, in den Arbeiterräten die Polen maßgebend sind.

Verhaftung polnischer Abgeordneter.

Die polnischen Abgeordneten Sedza und Kurzawski sind auf Veranlassung des Arbeiter- und Soldatenrats während der Fahrt nach Warschau in Thorn verhaftet worden. Der polnische Abgeordnete Trampczynski, der sich über Stalich nach Warschau begeben wollte, mußte wieder nach Polen zurückkehren, da ihm die Weiterreise untersagt wurde. Die Gründe für die Verhaftung der beiden Abgeordneten sind noch nicht bekannt.

Der Volkseid in Polen.

Warschau, 16. Nov. Unter den Polen in Radom kam es zu einer blutigen Auseinandersetzung. Die Polen haben dort zwei Parteien gebildet, von denen jede die Oberhand haben möchte. Während der sich abspielenden blutigen Vorgänge wurden alle Magazine ausgeplündert. Der Raub raubte auch 800 Gemeine und bedroht das Leben der friedlichen reisenden Bevölkerung. Der Volkseid breitet sich in Polen aus.

Die Wahlen in Norwegen.

St. Pauli, 15. Nov. (WB.) Nach den bis jetzt vorliegenden Ergebnissen der Stimmzettel wurden endgültig gewählt: 52 Linksparteiler (bisher 74), 3 Arbeiterdemokraten (bisher 6), 25 Rechtsparteiler (bisher 21 einschließlich Freisinnigen), 12 Freisinnige, 14 Sozialisten (bisher 19) und zwei Bauernverbände. Demnach wird die Regierung aus Linkspartei, die sich die Arbeiterdemokraten anschließen, im neuen Storting über mindestens 55 Sitze verfügen. Die oppositionelle Rechtepartei der Freisinnigen sowie voraussichtlich auch die Bauernverbände zugeordnet, verfügen höchstens über 33 Sitze, während die Sozialisten nur 18 Abgeordnete durchbrachten. Da der Storting im Ganzen 126 Mitglieder hat, demnach 61 Stimmen die absolute Mehrheit bilden, hat die Regierungspartei jedenfalls die absolute Mehrheit verloren, bleibt aber weiter die härteste Partei. Bemerkenswert ist, daß von den gewählten Sozialisten der überwiegend große Teil der gemäßigten Richtung anschießt während die meisten Anhänger der bolschewistischen Richtung in ihren Kreisen unterlegen sind, obwohl die Leitung der sozialdemokratischen Partei in den Händen der Letzgenannten liegt.

Eine Ehrung Hindenburgs durch den A. u. S.-Nat.

Der Arbeiter- und Soldatenrat in Kassel veröffentlicht zur Heberedelung des Hauptquartiers nach Kassel folgende Erklärung:

„Mitbürger und Soldaten! Heute trifft der Generalfeldmarschall v. Hindenburg mit Offizieren und Mannschaften des Großen Hauptquartiers in Kassel ein um von Wilhelmshöhe aus die Demobilisation unserer Truppen zu leiten. Hindenburg gehört dem deutschen Volk und dem deutschen Heere. Er hat kein Heer zu plündernden Siregen geführt und sein Volk in idworer Stände nicht verlassen. Wie hat Hindenburg in der Größe seiner Vorkämpferstellung uns näher geteilt als heute. Seine Person steht unter unserem Schutze! Wir wissen, daß die bürgerliche und sozialistische Bevölkerung Kassel ihm nur Gefühle der Verehrung und Hochachtung entgegenbringen wird und daß er vor Betätigung sicher ist. Der Generalfeldmarschall trägt die Waffe, ebenso die Offiziere und Soldaten des Großen Hauptquartiers, wenn sie ihn begleiten.“

Die Bergung der Ernte.

Berlin, 18. Nov. (WB.) Noch viele hunderttausend Jentner Getreide, Kartoffeln und Rüben sind im Boden, weil ausreichende Arbeitskräfte zum Ausheben fehlen. Werden die Feldfrüchte nicht bald gerettet, so verdirbt sie der Frost. Das darf nicht geschehen, denn das wäre ein unersetzlicher Verlust für unsere ehedem schwer gefährdete Volksernährung. Es eracht daher an alle Arbeiter- und Bauernräte, an alle Behörden der dringende Ruf, überall dort, wo Kartoffeln noch im Boden sind bei der Truppen und Behörden die erforderlichen Arbeitskräfte gegen Zuzahlung eines angemessenen, die heutigen Tare unangerechnete herbeiführenden Lohnes schnellstens anzuordern. Sind sie darin lässig oder verzögern die Ernte durch die Verzögerung, einen angemessenen Lohn zu zahlen, so müssen die Behörden geeignete Zwangsmaßnahmen ergreifen, um die Feldfrüchte vor dem Verderben zu bewahren.

Für das Kriegsernährungsamt: Wurm, für das Ministerium der Landwirtschaft, Domänen und Forsten: Braun, Folter für das Ministerium des Innern: Dr. Breitfeld, Hirsch.

Rettet die Kartoffeln!

Bei der Verzögerung der gesamten Erntearbeiten durch schweren Mangel an Arbeitskräften und die anhaltend regnerische Witterung war es schon früh klar geworden, daß die rechtzeitige Bergung der letzten Feldfrüchte, Kartoffeln und Rüben ganz außerordentlichen Schwierigkeiten begegnen würde. Auf der anderen Seite konnte eigentlich niemand bei uns im Zweifel darüber sein, daß die restliche Rettung dieser Feldfrüchte vor Verschwendung oder teilweise Vernichtung durch Frohe von geradezu auswegloser Bedeutung für unsere auf so kleinen Grundbesitz ruhende Volksernährung sein müßte. Wir haben deshalb seit Monaten immer wieder gemacht, Maßnahmen zu wirksamer Unterstüzung der ganz unzureichenden Kräfte auf dem Lande zu treffen, weil nur dadurch die restliche Sicherung der Kartoffel- und Rübenerte erreicht werden könne. Trotzdem wir in der letzten Zeit bei der Kartoffelernte durch das Wetter ungemein begünstigt worden sind, gehen uns doch von verdichteten Seiten Nachrichten darüber zu, daß auf großen Gütern mit umfangreichem Kartoffelbau noch immer größere Felder mit dieser Frucht bestanden sind, deren Ernte wegen Mangel an Arbeitskräften (vorwiegend durch zahlreiche Grippeerkrankungen) noch nicht anscheinlich werden konnte. Es hätte sich im ganzen Lande um Millionen von Zentnern dieser für unsere Ernährung unerlässlichen Frucht handeln, während wohl nach dem Verlaufe werden der feindlichen Waffenstillstandsbedingungen, so von

... als vorher schon, irgendwo ein Zweifel darüber bestehen kann, daß wir jeden Zentner Kartoffeln (ebenso Rüben der vor-
schickten Art), der durch Frost erlitten haben sollte, auf das
schmerzliche bei unserer Nahrungsmittelversorgung vernichten
würden. Diese Gefahr wächst von Tag zu Tag. Es ist ein wahr-
res Wunder, daß wir so lange von erntlichen Frostschäden verschont
geblieben sind, die sonst meistens schon viel früher einmal einzu-
treten pflegen. Teht um die Mitte des November herum aber
müssen wir täglich auf 5-6 oder mehr Grad unter Null gefost
sein, und wenn ein solcher Frost auch nur wenige Tage andauern
würde, wären mit einem Schlage sämtliche noch in der kalten
Erde liegenden Kartoffeln für unsere menschliche Ernährung ver-
loren. Um einen solchen für das ganze Volk verheerlichen
Schlag abzuwenden, erscheint die sofortige Abordnung zahlreicher
Arbeitskräfte zur Bergung dieser aus höchste gefährdeten Kar-
toffeln (und Rüben) dringend geboten. In den Städten wird
die Arbeitsleistung nach Abschluß des Waffenhilfsdienstes und
infolge der Heimkehr immer zahlreicherer Kämpfer aus dem
Feld immer knapper, so daß man an die Inanspruchnahme von
„Kriegsheimkehrern“ denken muß. Es gibt aber sicher keine
für die Allgemeinheit bewährtere und erschlackernde Notarbeit,
als die Rettung der vom Verderben bedrohten Kartoffeln und
Rüben. Welche Wege die jetzt am Ruder stehenden Räte zu die-
sem Zweck für ganzbar erachten, das müssen wir ihnen über-
lassen. Wir glauben aber, daß es sehr zur Befriedigung der Ab-
sichtungen gegen Landarbeit in den Städten beitragen würde,
wenn den Retzern der Kartoffelernte ein gewisser Prozentsatz
(10-15 Prozent) der durch ihre Arbeit erweiterten Früchte zu
freier Verfügung ohne Abrechnung auf ihre Ration überlassen
werden würde. Auf alle Fälle ist höchste Eile geboten.

**Mit den Verlorenen auch das System
verschwunden!**

In einem Brief des Grafen Reventlow in der „Deutschen
Zeitung“, der sich mit der Bedeutung des nationalen Bewußt-
seins im Staatsleben befaßt, finden wir folgende bemerkens-
werte Stelle:

Dem deutschen Lande und Volke ist gerade jetzt der natio-
nale Geist mehr als je zuvor, und damit der geistliche Kampf
gegen die Weltanschauung internationaler und internationalis-
tischer Art. Hier muß — endlich — ein großer Zusammenstoß
erzweckt werden und hoffentlich und zwar zugleich im natio-
nalen wie besonders im sozialen Zeichen. Diese beiden, das
Nationale und Soziale, gehören von Natur zusammen. Ein
höherer Anstich bedachtet und eingehender Versuch einer Durch-
führung dieser Vereinigung schließt am Internationalismus
beider Antagonisten.

**Mit den Verlorenen auch das System
verschwunden!**

In einem Brief des Grafen Reventlow in der „Deutschen
Zeitung“, der sich mit der Bedeutung des nationalen Bewußt-
seins im Staatsleben befaßt, finden wir folgende bemerkens-
werte Stelle:

Dem deutschen Lande und Volke ist gerade jetzt der natio-
nale Geist mehr als je zuvor, und damit der geistliche Kampf
gegen die Weltanschauung internationaler und internationalis-
tischer Art. Hier muß — endlich — ein großer Zusammenstoß
erzweckt werden und hoffentlich und zwar zugleich im natio-
nalen wie besonders im sozialen Zeichen. Diese beiden, das
Nationale und Soziale, gehören von Natur zusammen. Ein
höherer Anstich bedachtet und eingehender Versuch einer Durch-
führung dieser Vereinigung schließt am Internationalismus
beider Antagonisten.

Heute ist die Monarchie verschwunden, in der früher der
nationale Gedanke und seine Vertreter vorläufigen Halt und
Mittelpunkt und Träger zu erfüllen glaubten, und die — ver-
geblich — versuchten, sich um sie zu sammeln. Verschwunden ist
die Monarchie, weil die Träger der Monarchie sich persönlich
als schwach und unfähig erwiesen, und zwar nicht erst während
des Krieges. Der nationale Geist und Gedanke braucht also
nicht zu verweheln und muß sich auf sich selbst stützen. Die
Träger der Monarchie sind nicht das gewesen, wofür man sie ge-
halten hat, sie waren nicht mehr die Führer, die sie hätten sein
müssen.

Gerade in diesen Zusammenhängen muß auch ausgesprochen
werden, daß der nationale Geist in seinem tiefen Gehalte und
in seiner umfassenden Bedeutung für das ganze Volk von den
Führern der Monarchie des monarchischen Systems in Deutschland
nicht verstanden worden ist. Sie fanden dem abnehmend, teil-
weise Widerwillen gegenüber, und diese Erkenntnis der Zusammen-
hänge des nationalen und des sozialen Gedankens hat ihnen
ganz fern. Nun ist mit den Verlorenen auch das System
verschwunden, welches in geschichtlich gewordener Form den mo-
narchischen Gedanken in Deutschland verkörperte. Das System
ist endgültig verschwunden, darüber darf man sich nicht im un-
klaren sein.

Ein neuer Ruf des Zentrums.

Die in Berlin amtierenden Mitglieder der Zentrum-
fraktion haben einen längeren Rufus erlassen, in dem es
heißt, daß das deutsche Volk sich keiner Klassenherrschaft
unterwerfen will. Es bestimmt die Grundlagen seines
staatlichen Lebens auf ein neues Fundament. Am Ausfluß davon
wird verlangt, daß nur die Ordnung der Frieden geschlehten,
Innere Ordnung, innere Anarchie und Anarchie, führt Deutsch-
land der sicheren Auflösung entgegen. Mit einem bolsche-
wistischen Deutschland verhandelt keiner unserer Freunde. Zur
Verwirklichung der Ordnung wird die Einberufung der
Nationalversammlung gefordert.

Die Wahlen zur Nationalversammlung müssen sofort
angefordert werden. Bis dahin ist für uns vom Zentrum
der Reichstag die geistliche Vertretung des deutschen
Volkes.

Der Rufus wendet sich weiter an die einzelnen Zentrum-
fraktionen im Reich und schließt mit der Mahnung, nicht an dem
Vaterlande zu verzweifeln.

Zukunft des Kuffhäuser-Bundes.

In der „Kriegs-Zeitung“ vom 13. November 1918 ver-
öffentlicht der Kuffhäuser-Bund (Deutscher Kriegerbund)
einen Rufus, in dem es heißt:

Weder allem aber steht das Vaterland, steht die Sorge
für die Einheit unseres Volkes, die Sorge für den Schutz der
Ordnung!

Der neue Reichsfanzler Ebert hat die Andersgefassten
um ihre Mitarbeit ersucht, um das Volk vor Bruderkrieg,
Hungersnot und Anarchie zu bewahren. Im Interesse des
Volkes und des Vaterlandes muß Folge geleistet werden.

Wir fordern daher unsere Kameraden auf, im Interesse
des deutschen Volkes hinter der jetzigen und in Zukunft hinter

jeder vom Volke anerkannten Regierung zu stehen und sich
zur Aufrechterhaltung der Ordnung zur Verfügung zu
stellen.

Unsere großen wirtschaftlichen Arbeiten werden weiter-
geführt! Die Fürsorge für die Kriegsgeschädigten, für die
kindererlebenden Witwen und Waisen der Gefallenen, für die
bedürftig hingelebten Kriegsteilnehmer erfordert alle
unsere Kraft und Arbeit. Die besten Grundlagen hierfür
sind in unseren, seit fünfzig Jahren ausgeübten Wohlfahrts-
einrichtungen gegeben; es gilt, sie weiter zu entwickeln.
Diesen wichtigsten Aufgaben wollen wir alle unsere Kräfte
widmen!

Für den Vorstand des Kuffhäuser-Bundes der deutschen
Landes-Kriegerverbände,
J. B. Westphal,
Vorsitzender Regierungsrat, Geschäftsführender Präsident.

Frankfurt und Darmstadt neutrale Zone.

Aus den Befehlsbestimmungen der Oberkommandos der
Alliierten ergibt sich, daß die Stadt Frankfurt nicht zu dem
redaktionellen Brückenkopf von Mainz gehört, also nicht
vom Feind besetzt werden wird. Dasselbe gilt von Darmstadt.
Reide Städte werden jedoch in die neutrale Zone fallen, die
sich zehn Kilometer breit um jeden Brückenkopf herum-
ziehen wird.

Wiesbaden, 18. Nov. Der Arbeiter- und Soldatenrat hat
an den Reichsfanzler die telegraphische Bitte gerichtet, den Ober-
befehlshaber der Ententruppen zu ersuchen, von einer Be-
setzung der Stadt Wiesbaden mit Rücksicht auf den Charak-
ter der Stadt als internationaler Kur- und Badeort Abstand
zu nehmen.

Der Auf- und Peltag kein erheblicher Verlust.

Der für Mittwoch, den 20. 11. 18. durch frühere Ver-
ordnungen angelegte Auf- und Peltag gilt nicht mehr als
gelehrter Feiertag. Es bleibt jedem einzelnen überlassen,
wie er sich an diesem Tage verhalten will. Alle früheren
Verordnungen für Theater, Kulturveranstaltungen und öffentliche
Feste fallen weg. Ob eine Arbeitstube an diesem Tage
stattfinden soll, bleibt der Entscheidung der Beteiligten
überlassen.

Frankfurt a. M. den 19. November 1918.
Im Auftrage des Arbeiter- und Soldatenrats:
Der Polizeipräsident.

Ins der Heimat.

Freiburg-Jauerbach, 19. Nov. Heinrich Schrad und Ehe-
frau Anna geb. Kohlmeier feiern heute das Fest der silbernen
Hochzeit.

Freiburg, 19. Nov. (Einsender). Vielleicht nur noch we-
nige Stunden und die ersten Wellen der aus Frankreich zurück-
strömenden Flut unseres deutschen Heeres werden in unserer
Stadt ihren Einzug halten. Anders als wir es uns in unseren
Gedanken ausgemalt hatten, wird sich dieser Einzug vollziehen,
nicht unter Glockengeläut und Jubelgeschrei, nicht als glänzende
Krieger ziehen sie ein, sondern mit dem unglücklichen bittenden
Gesicht des Besiegten. Aber wenn wir auch den Feldzug verloren
haben, nicht verloren ist die deutsche Ehre und die jetzt zurück-
kehrenden sind es, die die deutsche Ehre hochgehalten haben und
bis zum letzten Tage und bis zur letzten Stunde in ihrer Ab-
wehr tapfer und unsere schöne Heimat vor dem feindlichen
Schicksal einer feindlichen Ueberlistung und dem namen-
losen Elende eines Kriegszugplatzes bewahrt haben. Darum
ergeht hierdurch an die Bewohner Freiburgs die freundliche
Aufforderung: Verehrt den Zurückkehrenden einen herzlichsten
Willkommen und ein freundliches Entgegengemessen, soweit es die
Verhältnisse gestatten, laßt in ihnen nicht das bittere Gefühl
zukommen, daß sie in der Heimat, die sie mit ihrem Blute und
dem lebendigen Teile ihres Körpers verteidigt haben, als lästige
Eindringlinge betrachtet werden, sondern nur als das, was sie
in Wirklichkeit sind, als die tapferen und rühmvollen Söhne
unseres gemeinsamen deutschen Vaterlandes.

Freiburg, 19. Nov. (Kohlenverteilung). Wie uns
von zuständiger Seite mitgeteilt wird, hat die neuangeordnete Koh-
lenkommission am vergangenen Samstag ihre erste Beratung
abgehalten, um Maßnahmen zu treffen, die den Klagen über
unzureichende, nicht gerechte Kohlenverteilungen gerecht werden
sollen.

Freiburg, 19. Nov. Soeben ist unter dem Titel „3 Dreher:
700 Jahre Freiburger Geschichte“ ein neuer „Führer“ erschie-
nen, der Niederschlag langjähriger Archivtätigkeit. Die Pro-
jektoren ist in erster Linie dafür bestimmt, der geographischen und
geschichtlichen Heimatkunde zu dienen. Sie gibt in knapper
Form eine chronologische Uebersicht der verlaufenden Ge-
schichte von Burg und Stadt, unter sorgfältigster Berücksichtigung
der gesamten bis 1918 vorliegenden, außerordentlich umfang-
reichen Literatur. Obwohl Freiburg nicht Mainz und Worms
die geschichtlich denkwürdigen Städte des Großherzogtums Hessen
ist, wird Freiburg in den landläufigen Reisehandbüchern und
anderen populären Schriften noch immer gar fleißig mitgeteilt be-
handelt, weil die Bearbeiter fast durchweg gänzlich veraltete
und längst überholte Unterlagen benutzten. Der nun vorliegende
„Führer“ wirft ein völlig neues Licht auf die reiche Vergangenheit
von Freiburg in der Vergangenheit und wird als Gabe zum 700-
jährigen Bestehen der Stadt in Schule und Haus willkommen
sein.

Starke Verkehrseinschränkungen. Wie die Eisenbahner-
verwaltung mitteilt, wird von heute ab zur glatten Durchführung
der Demobilisierung der Schnellzüge völlig eingestellt werden.
Ueber den Umfang der Aufrechterhaltung des Personenverkehrs
ist bis zur Stunde nichts Bestimmtes festgelegt,
doch werden voraussichtlich auch im Fernverkehr ein-
zelnde Einschränkungen zu erwarten sein. In auf wachen-
lichsten Kreisen wird damit verbunden, daß auch der Fernverkehr
zugunsten auf einzelnen Strecken bis auf weiteres eingestellt
wird. Im Güterverkehr werden ebenfalls Einschränkungen mit
wenig werden. Da auch die Beförderung der Posten zugun-
sten mit dem Fernverkehr zusammenhängend, so muß auch bei der
Postbeförderung mit Verzögerungen gerechnet werden. Die
Frankfurt und Umgebung kommen folgende Zugverbindungen
in Frage: Es sollen folgende Personenzüge aus: Hauptbahnhof
ab 7.42 nachm., Hanau ab 8.29, Hanau ab 6.45 vorm., Haupt-
bahnhof an 7.32, Homburg ab 5.45 vorm., Frankfurt an 6.30,
der nachfolgende Zug hält in Weiskirchen, ferner Homburg ab
4.50 vorm., Hauptbahnhof an 5.29, Hauptbahnhof ab 6.03 vorm.,
Münster an 7.56, Homburg ab 5.57 nachm., Frankfurt an 6.33,
Münster ab 3.20 nachm., Homburg an 4.23, Frankfurt ab 7.38
nachm., Koblenz an 4.49, Koblenz ab 5.58, Frankfurt an 10.17
nachm., Frankfurt ab 11.47 nachm., Homburg an 12.29, Homburg
ab 1.51 nachm., Münster an 2.49, Cronberg ab 8.49 vorm.,
Frankfurt an 9.25, Frankfurt ab 9.50, Cronberg an 10.27 vorm.,
Niedelheim ab 12.06 nachm., Cronberg an 12.27, Cronberg ab 9.32
nachm., Niedelheim an 9.54.

Frankfurt und Umgebung kommen folgende Zugverbindungen
in Frage: Es sollen folgende Personenzüge aus: Hauptbahnhof
ab 7.42 nachm., Hanau ab 8.29, Hanau ab 6.45 vorm., Haupt-
bahnhof an 7.32, Homburg ab 5.45 vorm., Frankfurt an 6.30,
der nachfolgende Zug hält in Weiskirchen, ferner Homburg ab
4.50 vorm., Hauptbahnhof an 5.29, Hauptbahnhof ab 6.03 vorm.,
Münster an 7.56, Homburg ab 5.57 nachm., Frankfurt an 6.33,
Münster ab 3.20 nachm., Homburg an 4.23, Frankfurt ab 7.38
nachm., Koblenz an 4.49, Koblenz ab 5.58, Frankfurt an 10.17
nachm., Frankfurt ab 11.47 nachm., Homburg an 12.29, Homburg
ab 1.51 nachm., Münster an 2.49, Cronberg ab 8.49 vorm.,
Frankfurt an 9.25, Frankfurt ab 9.50, Cronberg an 10.27 vorm.,
Niedelheim ab 12.06 nachm., Cronberg an 12.27, Cronberg ab 9.32
nachm., Niedelheim an 9.54.

Oststadt, 19. Nov. Der Dack der in voriger Woche im
Ruh eines hiesigen Landwirts gehalten hatte, wurde in der
Person des Schuhmachers Steinbock hinhalt gemacht. Er hat
das Tier, das einen viel größeren Wert hatte, für 900 Mark
in Köppern verkauft.

Aus Starckenburg.

Der Starckenburger Viehhändlerverband hat die seitlichen
Aufschläge der Händler bei der Anlieferung von Großvieh von
5 Prozent auf 2 1/2 Prozent bei Schweinen auf 4 Prozent und
bei Kalbern den Schlacht von 7% — auf 5,50 herabgesetzt.
Auch über den Verkehr und die Beförderung von Schlacht-
vieh und Futtermittel haben die drei hiesigen Viehhändlerver-
bände strengere Bestimmungen getroffen, um dem immer noch
sehr lebhaften Viehhandel entgegenzuwirken.

Groß-Zimmer, 17. Nov. Hier wurden gestern ein Zahl-
meister und vier Soldaten festgenommen, welche eine ganze Anzahl mit Automobilen annehmende Lebensmittel
aller Art, insbesondere mehrere hunderte Pfund Zigaretten,
Wurstwaren usw. zum Verkauf bringen wollten. Bei der Inter-
suchung stellte es sich heraus, daß es die Vorräte eines Vor-
stehender Magazins sein sollten, die dort Versteckt worden waren.
Die in Frage kommenden Personen wurden zunächst wieder ent-
lassen, bis der Fall aufgeklärt ist.

Bengheim a. W. 15. Nov. Der Arbeiter, Bauern- und Soldatenrat
hat den Polizeikommissar Walter seines Amtes ent-
setzt.

FC. Aus dem Oberwald, 17. Nov. Der Gefängniswärter
Hans von Groß-Zimmer, der unlängst im Bahnhof Höchst 1
Oder seinen 12-jährigen Sohn aus Unvorsichtigkeit mit dem Ge-
wehr eines Kammermanns erschossen hatte, wurde vom Schö-
ffengericht Höchst zu sechs Wochen Gefängnis verurteilt.

Aus Kurhessen.

FC. Aus Niederhessen, 17. Nov. Ein Großfeuer im Ge-
fangenenlager bei Niederwehren brach gestern mittag kurz nach
12 Uhr auf bis jetzt noch unzufällige Weise aus. Acht Holz-
schuppen mit groben Torströcken wurden in Rauch und Flammen.
Die Hälfte der Anzahl der kriegsgefangenen Engländer, Fran-
zosen, Italiener und Hinterpöster, die sie aus der Heimat geschickt
erhalten hatten, wurden verbrannt. Gegen 4 Uhr nachmittags
war das Feuer gelöscht, der Brandschaden ist ein sehr hoher.

Girchliche Nachrichten.

Gottesdienst in der Burgkirche.
Mittwoch, 20. Nov., abends 8 1/4 Uhr: Wochenandacht
Herr Worrer Ritter.

Arbeitsmarktangeiger des Kreisarbeitsamtes u. d. Gefängnisverwaltung Friedberg

Stellenangebote:
1 Knecht, 5 Knechte, 5 Tagelöhner, 1 Bäcker, 20 Dienst-
mädchen, 2 Wirtshausknechte, 1 Metzgerin, 1 Hausmädchen, 1 Kuchnerin,
1 Knecht, 1 Weibzeugbeihilferin.

Stellenangebote:
Mehrere Metzgerfamilien und ledige Metzger, 1 Kaffeeerin,
1 Metzgerin.

Geschäftliches.

Ein freundliches Gesicht und eine heitere, fröhliche
Stimmung sind im Wechsel der Zeiten ein immer gleich erwünschter
Anblick, und jedermann wird sich gerne einem wohlwollenden Ein-
fluß überlassen. Beides aber setzen wir in unserer Arbeit Weise
die Weggenosser-Blätter. Sie stehen auf dem Boden
eines gelassenen und lebenswichtigen Humors, der migenes ver-
steht und heraus redet und so durchaus so tonant wie er aus-
spricht. Der moderne Mensch, der wie ein Ball in allen Stimmungen,
Strömungen und geistiger Kollidie hin und her geworfen wird,
bedarf mehr wie ein er behaglicher Wärme eine Stunde ruhiger
Ausspannung vor all der Verwirrung und Dagegen, und
dann heißen uns die gemüthlich heiteren Weggenosser-
Blätter wie keine andere Zeitschrift. Die vornehmste und froh-
launigste Kunst ihres Herausgebers läßt uns eine Spannung tief
den großen Alltags müde perspektive, und ein geistliches zuzuwir-
ken, eine behaglich anregende Erholung und eine erfrischende Kraft
in manchen anderer Darbietung vermissen. Hier ist die heitere
muss ja nicht auf der Seite. So werden, die wir in der heiteren
Kälte des Winters die lebendigen Blätter des Weggenosser-
Blattes können, so wenig können wir, auch in trüben und ernten
Zeiten, den kühnen und fröhlichen Humor vermissen. Ist er doch des
Glaubens, fröhlicher und unerschütterlicher Weggenosser auf der
holprigen Lebensbahn.

Ein Probeabonnement, das für die Monate November bis
Dezember durch jede Buchhandlung oder jedes Postamt, sowie
vom Verlag der Weggenosser-Blätter, München, Verlagsstraße 5,
noch zu dem billigen Preis von 20 Pf. (ohne Porto) bezogen
werden kann, gibt am besten Aufschluß über den Reiz und die
Begegnung der Zeitgeist.

Verantwortlich für den politischen und lokalen Teil: E. H. H.
Friedberg, für den Anzeigen-Teil: R. S. S. Friedberg. Druck und Verlag der „Neuen Tageszeitung“,
H. G. Friedberg i. S.

